

# Sächsisches Elbzeitung

**Tageblatt für die**

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33327 Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



**Sächsische Schweiz**

Lageszeitung für die Landgemeinden A. tendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porschdorf, Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete, Inh. Walter Hiete

Verantwortlich: Walter Hiete.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Labelspezifischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“  
„Die Frau und ihre Welt“, Illustrierte Sonntagsbeilage:

Richterlichen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreiskürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 238

Bad Schandau, Freitag, den 10. Oktober 1930

74. Jahrgang

## Für eilige Leser.

Die Reichsbank hat ihren Diskont von 4 auf 5 Prozent und ihren Lombardfuß von 5 auf 6 Prozent erhöht. Die Bank von Danzig hat dieselbe Erhöhung vorgenommen.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß in den nächsten Tagen Bessungen über eine Verbindung zwischen den Abgeordneten der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei stattfinden werden. Es wird angeblich die Herstellung eines Hospitantenverhältnisses erörtert.

Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den zum Botschafter in Rom ernannten bisherigen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. von Schubert.

Der Generatrat des Rhone-Departements hat eine Glückwunschadresse an Außenminister Briand zugunsten seiner Außenpolitik angenommen.

## Niederlagen des Völkerbundes.

Zum Abschluß der Genfer Tagung.

Von Karl Wegener, z. St. Genf.

Selbst die leidenschaftlichsten Freunde des Genfer Völkerbundes leugnen nicht, daß die Herbsttagung 1930 als ein schwarzes Blatt mit lauter Niederlagen in seine Geschichte eingehen wird. Die schwersten friedensbedrohenden Sorgen der Erde, das ständige Anwachsen der Rüstungshaushalte sämtlicher großen Militärmächte, zu denen Deutschland nicht mehr gehört, die internationale Rohstoffkrise, die bereits zu schwersten politischen Erschütterungen in sämtlichen südamerikanischen Rohstoffländern — auch Mitgliedern des Völkerbundes — führte, die internationale Erwerbslosenkrisis, die durch die Vereinigten Staaten mutwillig entfesselte internationale Zoll- und Handelskrieg: Alle diese schicksalsbestimmenden, den Weltfrieden schwer bedrohenden Vorgänge im Bereich der angeschlossenen Völkerbundsstaaten und seines Gründerlandes Amerika sind vollkommen spurlos an der Herbstzusammenkunft vorüber gegangen. Die Abrüstungskonferenz kann nicht unberührt einberufen werden, weil die französische Regierung, eine vorsichtige, nicht überstürzte Entscheidung verlangt. Ein Duzend Jahre nach dem Versailler Vertrag, der auch die Siegesvölker zur Abrüstung verpflichtete, nachdem Jahre hindurch schon vorbereitende Abrüstungsausschüsse tätig gewesen sind! Das Redebüchlein Briand-Curtius über die Abrüstungsfrage erwies mit äußerster Eindringlichkeit, daß jedenfalls Frankreich nichts zur Verminderung der mehr als 17 Milliarden Mark Rüstungsausgaben jährlich auf der Erde tun wird; siebenzehn Milliarden, die hauptsächlich nachweisbar sind, ungernechnet also die unter anderen Ausgabenposten geführten weiteren Milliarden, die ebenfalls für Rüstungszwecke aufgewandt werden. Dazu gehören nicht nur die in Gold und Devisen abgeführten Tributmilliarden Deutschlands, die „Wiedergutmachungs“-Bargelder, sondern nun auch schon die sachlichen Reparationslieferungen. Ihren Gipfel erreichen sie in den Sachlieferungsarbeiten zur Modernisierung und zum Ausbau französischer Festungen an der Ostgrenze gegen Deutschland. Und dann erwartet man ein Geben des Völkerfriedens!

Oder kommt es auch darauf schon gar nicht mehr an? Man sollte davon überzeugt sein, wenn man sich vergegenwärtigt, was alles gegen die Pflichten des Völkerbundes zum Schutze der Minderheiten vorgetragen wird. Der Verständigungspolitiker Briand führte auch in diesem Punkte die Völkerbundsgruppe der gewaltpolitischen Minderheiten. Er steht an der Spitze eines vierzig-Millionenvolkes, der großen Nation der Franzosen. Hat er sich einmal klar gemacht, daß auch die Minderheiten Europas, die in herausfordernder Weise durch katastrophenpolitiker Warschauer und Prager Art geknechteten Deutschen, Weißrussen, Ukrainer, Slowaken, Kroaten, Ungarn, Mazedonier, Ruthenen, und wie sie alle heißen, vierzig Millionen ausmachen? Vierzig Millionen Europäer, deren Verzweiflungsausbruch eines Tages von noch ganz anderen Wirkungen begleitet sein könnte als jener der paar hunderttausend Mazedonier oder der geringen Zahl der südslawischen Minderheiten des einstigen Oesterreichs, deren zum Teil berechtigte Mißstimmung den Weltkrieg ausgelöst hat!

Dagegen sind wieder einmal für die Opiumkonferenz wesentliche Fortschritte erzielt worden. Im Mai des nächsten Jahres werden sich den frohlichen Herren des Völkerbundes, die zum Studium der Opiumfrage schon seit einigen Jahren in den entferntesten und schönsten Ländern des Ostens umherreisen, eine größere, vielleicht einen ganzen Dampfer füllende Anzahl anderer Völkerbundsbeamteter gefellen, um in der stamessischen Hauptstadt Bangkok 120 000 Mark vorausbezugslos Tagungskosten in Anspruch zu nehmen. Die Opiumfrage ist außer für die Länder des Ostens gewiß auch für das von fortschreitender Opiumverfälschung bedrohte Frankreich und vor allem für die schwer opiumüberschwemmten Vereinig-

ten Staaten (Opium für das Volk, statt Leichtbier infolge der Prohibitionsgebung!) gewiß sehr dringlich. Für uns brachte sie mit einer Verbeugung vor dem Völkerbund bisher nur eine Gesehgebung gegen das Morphinum, deren Wert sich als sehr zweifelhaft erwiesen hat, weil sie selbst in die ärztliche Handhabung einer bewährten Medizin zur Linderung der Schmerzen unserer Kranken hemmend und widersinnig eingreift, ohne selbstverständlich dem gemeinen Morphinlaster Abbruch zu tun. Aber davon ganz abgesehen: Wer hätte wohl bei der Gründung des Völkerbundes daran gedacht, daß er sich dieser Frage oder den alleintreffenden Mädchen in Rußia mit größerem Ernst widmen würde als seinen wichtigsten Idealen, der Friedenssicherung durch Abrüstung und der Sorge für einen reibungslosen Wirtschaftsaustausch der Völker.

Seiner Wirtschaftskonferenz von 1927, welche die Zollgesetzgebung in erträgliche Bahnen lenken sollte, ist ein Tarifwettbewerb aefolat, wie er noch nie die Grenzen verbarbarta-

dierte, und der Völkerbund selbst macht sich diesen Geist zu eigen, durch den Versuch einer wirtschaftlichen Kampffront gegen Rußland. Was tut denn dieses Land? Es ringt, alle parteipolitischen Nebenwege jetzt einmal ausgeschaltet, um den Wiederaufbau seiner Wirtschaft und will die dafür nötige Einfuhr von hochwertigen Fertigwaren durch den Absatz seiner Landeserzeugnisse zu billigen Preisen sichern und beschleunigen. Und das zu verhindern, ist wichtiger als die Abrüstung der mehr als 11 Millionen Franzosen, Polen, Tschechen, Rumänen, Serben, die heute in jedem Augenblick antreten könnten gegen die 184 000 erlabten Deutschen, Oesterreicher, Ungarn und Bulgaren, die noch dazu nicht modern bewaffnet sein dürfen? Es ist schon so: Der Völkerbund erleidet einen verhängnisvollen Rückfall in seine ursprüngliche Bedeutung als Vollzugskommission des Versailler Vertrages. Erst wenn dieser fällt, könnte die Genfer Vereinigung beginnen, Völkerbund zu sein.

## Hugenberg über Revisionspolitik

Oslo. Die Zeitung „Tidens Tegn“ veröffentlicht eine Unterredung mit Dr. Hugenberg, in der er u. a. ausführt: Unsere Außenpolitik kann zunächst nur ein Ziel haben: eine vernunftgemäße Revision der beiden Verträge, unter deren Druck das deutsche Volk bald vollends zusammenbrechen muß. Es ist Unsin, im Zusammenhang mit dieser Revision von Kriegen zu reden.

Das völlig entwaffnete Deutschland ist weniger als der kleinste freie Staat Europas zu irgendeiner kriegerischen Aktion fähig. Aber die Bestimmungen der Verträge selbst weisen uns den Weg, der beschritten werden muß. Artikel 19 des Völkerbundsstatutes betont ausdrücklich, daß internationale Verhältnisse, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden, nachzuprüfen sind. Der französische Schriftsteller Martel nennt die deutsche Ostgrenze richtig „eine dauernde Gefahr für den Frieden, die unbedingt beseitigt werden müsse“. Ebenso un-erträglich ist die einseitige Entwaffnung Deutschlands mit de-

ren erniedrigenden Besatzererscheinungen der Entmilitarisierung des Rheinlandes und der neutralen Zone östlich des Rheines. Selbstverständlich bedarf die Reparationsfrage einer sofortigen Revision. Der Youngplan hat sich sogar schneller, als es die größten Bestimften annahmen, als undurchführbar erwiesen. Auf Möglichkeiten, von Deutschland auch während einer Uebergangszeit seine unerträglichen Wirkungen vom deutschen Volke abzuwälzen, habe ich in zahlreichen Reden hingewiesen. Aber trotzdem gibt es schließlich keinen anderen Weg, als daß die Staatsmänner und Finanzfachverständigen sich noch einmal zusammensetzen, um eine der Vernunft entsprechende Neuregelung zu finden. Unter dem heutigen Zustand leidet schließlich nicht nur Deutschland, sondern die ganze Erde, denn die Weltwirtschaftskrisis steht in engstem Zusammenhang mit den wider-natürlichen Bedingungen, unter denen eines der wichtigsten Produktions- und Absatzgebiete der Erde zu leben gezwungen wird.

## Bleibt Curtius im Kabinett?

Berlin, 10. Oktober.

In der demokratischen Presse wird berichtet, daß die Deutsche Volkspartei sich in der heutigen Sitzung ihrer Reichstagsfraktion mit der Frage beschäftigen werde, ob sie Dr. Curtius weiter im Kabinett belassen wolle oder nicht. Angeblich will die Mehrheit der Fraktion einen Vorstoß unternehmen, um ihren Minister zur Uekzuziehen. Es sei allerdings fraglich, ob Dr. Curtius sich sein Handeln vorschreiben lassen und nicht lieber auf seine Zugehörigkeit zur Fraktion verzichten werde.

Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, ist in einem Teil der Fraktion zweifellos eine gewisse Strömung vorhanden, die den Rücktritt von Dr. Curtius wünscht. Es ist aber nicht anzunehmen, daß dieser Standpunkt von der Mehrheit geteilt wird. Die Strömung richtet sich auch nicht zu sehr gegen Dr. Curtius persönlich, sie geht vielmehr auf das Bestreben zurück, die Deutsche Volkspartei von der Regierung zu distanzieren, wie es in der letzten Entscheidung der Fraktion zum Ausdruck kam. In führenden Kreisen der Deutschen Volkspartei rechnet man jedenfalls damit, daß es der Fraktionsführung heute gelingen wird, irgendwelche überreifen Beschlüsse zu verhindern, zumal Dr. Curtius auf eine Reihe wesentlicher Erfolge hinweisen kann, die er aus Genf mitgebracht hat, und die ja zum Beispiel auch durch den Rücktritt des litauischen Außenministers bewiesen wer-

## Keine grundsätzliche Billigung der Außenpolitik im Reichskabinett.

Berlin. Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt zu der amtlichen Mitteilung über die Sitzung des Reichskabinetts am Mittwoch, in der Dr. Curtius Bericht erstattete, u. a. folgendes: Das offizielle Kommuniqué bedarf insofern einer Nichtigstellung, als es sich hierbei nicht um, wie das Kommuniqué besagt, eine vollinhaltliche Billigung der von Curtius geführten Verhandlungen handelt. Vielmehr hat der Reichskanzler lediglich dem Minister für seine Arbeit in Genf seinen Dank ausgesprochen. Curtius hat in Genf in den wesentlichen Fragen der Abrüstung, weiter in der Frage der Umschneidung der Revision unserer gesamten Außenpolitik, nichts erreicht. Demgegenüber treten die spärlichen Erfolge, die er in der memelländischen und auch in der Saarfrage angebahnt hat, vollkommen zurück. Wir sind nach wie vor der Ueberzeugung, daß auf den Posten des Außenministers ein nicht nur verwaltungstechnisch begabter Epigone des Herrn Stresemann gehört, sondern ein Mann, der die außenpolitische Situation Deutschlands, die schon ohne unser Zutun an Chancen reicher geworden ist, zu meistern versteht.

## Nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen Brüning.

München. Der „Völkische Beobachter“ teilt mit, daß der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brüning bereits vorliegt. Damit wollten die Nationalsozialisten die Sozialdemokraten zwingen, Klipp und klar zur Regierung und zu den Notverordnungen Stellung zu nehmen. Stimmhaltung der Sozialdemokratie bedeute sicheren Sturz der Regierung Brüning, und dieser wiederum die Auflösung des Preussischen Landtages. Dr. Frick als Fraktionsvorsitzender hat von der Parteileitung schon die Weisung zur Einbringung des Mißtrauensvotums erhalten.

## Spannungen innerhalb der SPD.

Berlin. In den Berliner Litfaßhäusern befinden sich in großer Aufmachung Plakate der Berliner Sozialdemokratie, die zu einer Sonntagkundgebung in Lustgarten aufordern, wobei der bisherige Reichstagspräsident Löbe sprechen soll. Er wird in dieser auffällig plakatierten Ankündigung als „der Führer der Sozialdemokratie“ bezeichnet. Besonders interessant ist, daß die Plakate die den Nationalsozialisten „entlehnte“ Hauptüberschrift „Deutschland erwache“ tragen. Die „N.Z.“ bemerkt hierzu, Löbes Auftreten in Berlin scheine damit zusammenzuhängen, daß sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei eine besonders von Löbe geführte Oppositionsbewegung gegen die gegenwärtige Politik der Parteilegung geltend mache, der ein zu weitgehendes Entgegenkommen gegenüber dem Kabinett Brüning vorgeworfen wird.

## Notverordnungen und Arbeiterschaft.

Berlin, 10. Oktober.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund nahm in einer Vorstandssitzung zu dem Regierungsprogramm eine Entschlieung an, in der es heißt: Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt eine Reihe der im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen. Ungeachtet dieser Zustimmung hält er jedoch unter anderem eine noch stärkere Einschränkung der Verwaltungsausgaben im Reich, in den Ländern und Gemeinden für notwendig.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt eine gerechte Lastenverteilung und wendet sich nachdrücklich gegen die jetzt allgemein einsetzenden Bestrebungen auf weitere Herabsetzung der Lebenshaltung der arbeitnehmenden Volksschichten. Zu dieser Haltung füht sich der Vorstand um so mehr verpflichtet, als das Regierungsprogramm zu dem notwendigen Preisabbau eine Stellungnahme vermissen lasse. Die Neuregelung der Wohnungswirtschaft wird in der angeforderten Form abgelehnt.